



Jahresbericht Israel und besetzte Gebiete 2019

Im Jahr 2019 erhielt AI mehrere Berichte über Folter und Misshandlung sowohl unter israelischer als auch unter palästinensischer Verantwortung. So wurde im Februar eine investigative Journalistin von der Hamas-Verwaltung wegen angeblicher Verbreitung von Falschnachrichten angeklagt. Während vier mehrstündiger Verhöre war sie beleidigt und bedroht worden. Im März wurde der Menschenrechtler Issa Amron, Mitglied der Organisation Youth against Settlement angeklagt. Er war 2017 von den palästinensischen Behörden festgenommen und in Polizeigewahrsam gefoltert worden, weil er die Festnahme eines Journalisten kritisiert hatte. Während der fünf Tage in Polizeigewahrsam war er geschlagen und mit dem Tode bedroht worden.

Im September berichtete AI, dass ein palästinensischer Gefangener, Samir Arbeed, mit offizieller Erlaubnis der Sicherheitsbehörde Shin Bet gefoltert wurde. Ihm wird der Mord an einer 17jährigen vorgeworfen. Er war am 25.9. festgenommen worden und erschien am nächsten Tag mit sichtbaren Verletzungen vor dem Haftrichter. Er gab an, nicht mehr in der Lage zu sein, zu essen. Am 28.9. wurde er in ein Militärkrankenhaus eingeliefert, weil er das Bewusstsein verloren hatte. Er hatte gebrochene Rippen und Nierenschäden. 1999 hatte der Oberste Gerichtshof geurteilt, dass Folter und Misshandlung generell verboten seien, dass aber „körperliche Verhörmethoden“ in „Ticking bomb“-Szenarien erlaubt blieben. Seither sind hunderte Palästinenser durch Angestellte von Shin Bet gefoltert worden, immer unter Bezugnahme auf „Ticking bomb“. Keiner wurde je davor zur Verantwortung gezogen. Bezüglich Samir Arbeed wurde mittlerweile eine Untersuchung eingeleitet, die feststellen soll, welches Ausmaß an Gewalt angewandt worden ist.

Auch die Einschüchterungsversuche gegen Menschenrechtler durch die israelische Regierung setzten sich fort. So hat Israel Laith Abu Zeyad, einem AI-Mitarbeiter, die Ausreise verweigert, als er auf dem Weg zu einer Beerdigung war, und mit Verweis auf ein Reiseverbot aufgrund von „geheimen Sicherheitsrisiken“ abgewiesen. Er war im Juni 2018 von den palästinensischen Behörden bereits verhaftet und gefoltert worden, als er eine Demonstration besucht hatte.